

Mehr Transparenz im Rohstoffsektor ist unabdingbar für einen erfolgreichen Kampf gegen Korruption und Steuerflucht

**Durch Steuerflucht und -vermeidung multinationaler Konzerne werden den
Entwicklungsländern jährlich etwa 125 Milliarden Euro vorenthalten**

Bischöfe aus allen Teilen der Welt richten Forderungen an die EU

In einer Zeit, in der Wirtschaft und Gesellschaft unserer Länder, und vor allem die Ärmsten der Armen, täglich und in zunehmendem Maße die Auswirkungen internationaler Finanzkrisen zu spüren bekommen, fragen Bürgerinnen und Bürger zu Recht nach neuen Regeln des Wirtschaftens, um mehr Ethik und Moral in das Welthandels- und Finanzsystem zu bringen.

Die Gier weniger bedroht heute das nackte Überleben der ökonomisch schwächsten Bevölkerungsschichten. Um diesem Zustand ein Ende zu setzen, sind international neue Regeln erforderlich, die sicherstellen können, dass insbesondere der in der Ausbeutung von Bodenschätzen erwirtschaftete Gewinn nicht von einer Minderheit zu deren alleinigem Nutzen monopolisiert wird. Die Ressourcen der Erde müssen allen Menschen gleichermaßen zugute kommen, und insbesondere der jeweiligen Bevölkerung vor Ort, die die konkreten Auswirkungen der Rohstoffgewinnung sehr direkt zu spüren bekommt.

"Gott hat die Erde mit allem, was sie enthält, zum Nutzen aller Menschen und Völker bestimmt; darum müssen diese geschaffenen Güter in einem billigen Verhältnis allen zustatten kommen; dabei hat die Gerechtigkeit die Führung, Hand in Hand geht mit ihr die Liebe."

(II. Vatikanisches Konzil, Gaudium et Spes, 69)

Die Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI) war ein erster Schritt hin zu einem gerechteren und nachhaltigeren Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Diese freiwillige, multilaterale Initiative verfolgt das Ziel, mehr öffentliche Transparenz der Zahlungen der rohstofffördernden Unternehmen an die Regierungen der betreffenden Länder sicherzustellen. In den Ländern, die an der Initiative teilnehmen, hat sich der Nutzen größerer Transparenz im Sinne einer Verbesserung demokratischer Regierungsführung und im Kampf gegen die Korruption durchaus gezeigt. Die Kirchen, die in die Umsetzung dieser Initiative einbezogen sind, haben diese positive Entwicklung aktiv unterstützt.

Nach zehn Jahren des Sammelns von Erfahrungen ist es jetzt an der Zeit, weiter voran zu gehen hin zur Festlegung ehrgeiziger und verbindlicher Regelungen zur Sicherstellung von Transparenz durch alle an der Rohstoffwirtschaft Beteiligten und in allen Ländern der Welt.

Die Verabschiedung des Dodd-Frank-Gesetzes in den Vereinigten Staaten im Juli 2010 war ein Meilenstein auf diesem Weg. Alle Unternehmen, die in der Gewinnung von Rohstoffen tätig und in den U.S.A. an der Börse notiert sind, müssen künftig ihre Zahlungen an die Länder, in denen sie Rohstoffe fördern, veröffentlichen. Damit müssten beispielsweise Menschen in Birma oder in der Demokratischen Republik Kongo in der Lage sein, von ihrer Regierung Rechenschaft darüber zu verlangen, wie das von diesen Unternehmen eingenommene Geld verwendet wurde.

Nun ist es an der Europäischen Union, zur Verbesserung der internationalen Transparenzstandards beizutragen. Die Kommission hat eine Regelung zur Sicherstellung der Transparenz von Zahlungsströmen auf

der Basis einer sowohl länder- als auch projektbezogenen Rechenschaftslegung vorgeschlagen. Wenn die in dieser Regelung vorgesehenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden, werden die Menschen in der Tat eher die Möglichkeit haben, nachzuvollziehen, inwieweit die rohstofffördernden Unternehmen einen angemessenen Beitrag zur Wirtschaft des betreffenden Landes leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die EU die Schwelle, ab der die rohstofffördernden Unternehmen Zahlungen berichten müssen, auf einer Höhe festlegen, die für Entwicklungsländer relevant ist. Ausnahmen sollten nicht zu Schlupflöchern im System führen.

Die Maßnahme wäre so ein erster Schritt hin zu größerer Transparenz in der öffentlichen Finanzberichterstattung der Unternehmen, vorausgesetzt, sie ist spezifisch auf jedes einzelne Land bezogen (country-by-country reporting) und das volle Bild der Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften wird wiedergegeben, einschließlich der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten, des Jahresumsatzes und des erzielten Gewinns. Auf diese Weise wäre eine entscheidende Rahmenbedingung gesetzt, um Steuerflucht und -vermeidung multinationaler Konzerne, durch die den Entwicklungsländern jährlich etwa 125 Milliarden Euro vorenthalten werden, zu stoppen. Die Maßnahme würde auch Behörden und Regierungsbeamte darin unterstützen, sicherzustellen, dass Kontrakte mit Unternehmen im Rohstoffsektor so geschlossen werden, dass sie im besten Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes sind.

Getragen von unserer Sorge darum, dass die von Unternehmen der Privatwirtschaft stammenden Einnahmen tatsächlich einer nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung der Volkswirtschaft jener Länder zugute kommen, in denen diese Unternehmen operieren, hoffen wir auf die baldige Einführung eines soliden Regelwerks zur Sicherstellung umfassender Transparenz der Geschäftstätigkeit von Unternehmen in allen Wirtschaftssektoren auf der Grundlage einer verbindlichen, länderspezifischen privatwirtschaftlichen Finanzberichterstattung. Wir sind davon überzeugt, dass dies ein weiterer Schritt hin zu einer vernünftigen Festlegung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Nutzen der Armen wäre, und gleichzeitig damit ein wesentlicher Beitrag zum Kampf gegen Korruption und zu einer sozial gerechteren Verteilung von Reichtum und Wohlstand geleistet würde.

Unterzeichner:

Jorge Eduardo Lozano, Bischof von Gualeguaychú, Argentinien
Fernando María Bargalló, Bischof von Merlo – Moreno, Argentinien
Ludwig Schwarz, Bischof von Linz, Österreich
Alois Jousten, Bischof von Lüttich (Liège), Belgien
Sébastien Mongo Behon, Generalsekretär der Bischofskonferenz von Kamerun
Antoine Ntalou, Erzbischof von Garoua, Kamerun
Joachim Kouraley Tarounga, Bischof von Moundou, Tschad
Gaspar Quintana, Bischof von Copiapó, Chile
José Figueroa Gómez, Bischof von Granada, Kolumbien
Joseph Banga, Bischof von Buta, Demokratische Republik Kongo
Yves Boivineau, Bischof von Annecy, Frankreich
Jean-Luc Brunin, Bischof von Le Havre, Frankreich
Werner Thissen, Erzbischof von Hamburg, Deutschland
Pedro Barreto Jimeno, Erzbischof von Huancayo, Peru
Louis Portella Mbuyu, Bischof von Kinkala, Republik Kongo
John Arnold, Weihbischof in Westminster, London, Großbritannien
William Kenney, Weihbischof in Birmingham, Großbritannien

Dieser Aufruf wird vom internationalen Netzwerk katholischer Entwicklungshilfswerke CIDSE unterstützt.

Kontakt: Jean Saldanha, saldanha@cidse.org, www.cidse.org/cbcr

